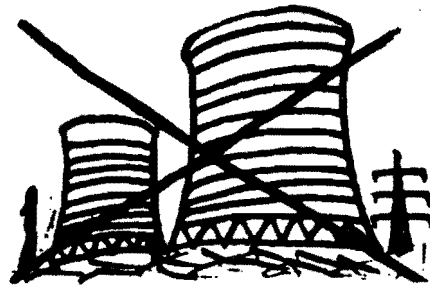


**BÜRGERINITIATIVE
KRAFTWERK VEREIN
OBERHAVEL / OBERJÄGERWEG
INFORMATIONSBLATT NR. 45 Mai 1977**



KONTAKTADRESSEN:

Paul Aldrup	Straßburger Str. 10, 1 Berlin 20	Tel. 331 81 70
Peter Koch	Straßburger Str. 10, 1 Berlin 20	Tel. 331 77 41
Brigitte Reinhardt	Kulbeweg 28, 1 Berlin 20	Tel. 371 37 25
Klaus Wiesinger	Ahornallee 15, 1 Berlin 22	Tel. 353 47 86

Erfolg betroffener Bürger!

Aller Wahrscheinlichkeit nach scheidet der Oberjägerweg als Standort für ein Großkraftwerk aus. Zwar ist das vor dem Oberverwaltungsgericht von den betroffenen Bürgern durchgesetzte Rodungsverbot nur zeitlich begrenzt; aber die weiteren Genehmigungsverfahren für das Kraftwerk würden an diesem Oberverwaltungsgericht scheitern, das den Grundsatz "Energie ist gut, Natur ist besser!" aufgestellt hat. Wir fordern deshalb jetzt den Senat auf, beschleunigt den endgültigen Schlußstrich unter den Standort Oberjägerweg zu setzen durch Einstellung aller Planungsverfahren und Übereignung des Geländes an die Berliner Forstverwaltung.

Nach über einjähriger Arbeit in der Bürgerinitiative gegen die Kraftwerkspläne von Senat und Bewag haben wir wieder einmal Anlaß, festzustellen: es lohnt sich, gegen "die da oben" etwas zu tun. Man braucht nicht tatenlos zuzusehen, wenn Mammutprojekte zugunsten Weniger und zu Lasten vieler Bürger geplant und errichtet werden. Der größte Teil der Politiker hat sich dem Wohl der Bevölkerung nicht verpflichtet gefühlt. Wo Bürgerⁿ die Folgen wirtschaftlicher Interessen und von Fehlplanungen der Behörden zugemutet werden, können sie sich selbst erfolgreich zur Wehr setzen.

Mit dem Urteilsspruch des Gerichts wurde zum ersten Mal das Recht des Bürgers auf Natur festgestellt. Bisher gingen Bauplaner meistens davon aus, daß in Naturgebieten seitens der Bürger keine Einspruchsrechte bestehen und somit die komplizierten Genehmigungs- und Eignungsverfahren umgangen werden können. Mit diesem Urteilsspruch, den Bürger gegen den Widerspruch von Senat und Bewag erreichten, wird bestätigt, daß Natur im besonders eingeschränkten Lebensraum West-Berlins einen wesentlichen Erholungswert besitzt und deshalb nicht einfach als leicht verfügbare Baulandreserve betrachtet werden darf.

Nie geht es weiter ?

Allerdings handelt es sich bei diesem Sieg vor dem Oberverwaltungsgericht nur um einen Zwischenerfolg. Die Pläne für den Standort Oberjägerweg können beerdigt werden. Aber wenn Senat und Bewag jetzt neue Standortwägungen für Oberhavel, die Ruhlebener Wiesen und Neukölln anstellen, dann wird eine Energieplanung gegen die Bürger nahezu ungehindert fortgesetzt:

- Die Luftbelastung West-Berlins wird weiter steigen, obwohl die Meßwerte hier schon besonders hoch liegen.
- Die falschen Prognosen für den Zuwachs an Stromverbrauch werden weiterhin der Planung zugrunde liegen.
- Es gibt noch immer keine Maßnahmen zum Abbau der nur vereinzelt auftretenden Lastspitzen, die die Bewag zum Ausgangspunkt ihrer Berechnungen macht.
- Die Stromtarifpolitik (Begünstigung der Großverbraucher, Benachteiligung der Kleinverbraucher) hat sich nicht geändert. Es gibt keine öffentlichen Maßnahmen zur Eingrenzung des verschwenderischen Umgangs mit Energie. Die Energiepolitik in Berlin hat sich nicht verändert.

Der Berliner hat nicht nur ein Recht auf Natur. Er hat auch ein Recht auf eine sorgfältige Energieplanung.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen mit den Kraftwerksplanern beim Senat wurde deutlich:

- Mit wissenschaftlich aufpolierten, aber dennoch unhaltbaren Zahlen über den Stromverbrauch wird ein baldiger Energienotstand prophezeit und die Bevölkerung irreführt.
- Unter Berufung auf diesen Notstand sollten die vorgeschriebenen demokratischen Genehmigungsverfahren für das Kraftwerk umgangen und Gerichte außer Kraft gesetzt werden.
- Wider besseres Wissen und unter Täuschung der Öffentlichkeit war man bereit, die Zerstörung wertvoller Naturgebiete und die damit verbundenen Umweltbelastungen in Kauf zu nehmen.
- Wider besseres Wissen wurde leichtfertig behauptet, die vorzeitige Rodung am Oberjägerweg entscheide nicht über den Standort ("Wenn die Genehmigungsverfahren den Bau am Oberjägerweg nicht zulassen, kann der Wald ja wieder aufgeforstet werden").

Bürger werden getäuscht, das Wohl der Bevölkerung wird gering geschätzt, Recht wird gebeugt. Diese Verwaltung vertritt nicht die Bürger, sie läßt sich von den Interessen der Aktiengesellschaft Bewag leiten. Dies zu entlarven ist weiterhin unsere Aufgabe, gleich welche Standortentscheidung der Senat treffen wird.

Jedes weitere Kraftwerk in Berlin ist ein Kraftwerk zuviel!

Spenden können überwiesen werden auf das Konto der Bürgerinitiative
Postscheckkonto Berlin West 167985 - 105, Brigitte Reinhardt Sonderkonto
Rechtshilfefond: Sparkasse der Stadt Berlin West Nr. 081 101 000, Paul Aldrup